

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Adolphs-Platz, Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Nr. 10013.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post halbjährlich 24,00 M., unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Litauen monatlich 5,75 M. Einzelnummer 25 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Wochenausgabe von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 1,50 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 8-spaltige Reklamazeile 6,00 M. Bei mehrwöchiger Auftragsermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisveränderungen ist keine Haftung zu übernehmen.

Nr. 103

Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1920

31. Jahrg.

## Die Reichskonferenz der Sozialdemokratie

### Auftakt zum Wahlkampf

Man kann sagen, daß die herrschende Stimmung der sozialdemokratischen Reichskonferenz die des Kampfwillens und Kampfes ist. Schon Scheidemanns einleitendes Referat war geprägt auf die Parole: Mit Selbstvertrauen und Zuversicht in den Wahlkampf! Er verwies dabei die Fehler nicht, von denen in solchen schweren Zeiten die Politik auch der besten Partei nicht frei sein kann; er gab zu, daß es großes Bedauern gewesen, zuletzt auf die Loyalität und politische Vernunft der Offiziere gebaut zu haben. Aber es bleibt das weitaus leuchtendste Verdienst der Sozialdemokratie, die Errungenschaften der Revolution bis heute mit Erfolg gegen die Angriffe der Rechts- und Linksozialisten gerettet zu haben. Und was die Mängel der Koalitionspolitik anbelangt, so wird es im kommenden Wahlgange die Sache der Wähler sein, durch eine sozialistische Mehrheit die Vorbedingungen für eine sozialistische Regierung zu schaffen.

Scheidemanns Darlegungen, die weniger auf die Erweiterung programmatischer und mehr auf die Hervorhebung sozialistischer Fragen angelegt waren, erzielten lebhafteste Zustimmung. Schwieriger hatte es Nothke. Wer einen Fehlschlag zulassen, braucht für Kritik nicht zu sorgen, und wenn er gleich mit Recht geltend machen kann: Wer aus einem Amt scheidet, ist um manches klüger, als wenn er hineinsteigt. Aber Zustimmung muß ihm gezollt werden, wenn sich Nothke dafür abgeben, ihm die persönliche Ehre abzusprechen.

Die Reichskonferenz bestränkte die Nothke-Debatte durch Schlußantrag auf jenes Maß, das ihr im engen Rahmen dieser Tagung zukommt. Genosse Adolf Braune hob hervor, daß es sich nicht um einen Parteitag handle, der Rechenschaft zu fordern hat, sondern daß sich die Debatten vor allem mit der Vorbereitung des Wahlkampfes beschäftigen sollten. Aber gerade deshalb blieb es wünschenswert, daß die Konferenz einen Bescheidnis zu den Kernfragen des Sozialismus erneuerte. Wenn Genosse Sellmann seine Schwarzfäher bulden wollte, so ist es nicht minder richtig, wenn Genosse Gädig forderte, daß man sich bei dieser Gelegenheit über Verdäumnisse eingestehen müsse, um sie gutzumachen. Die Partei hat sich in den Kernfragen des Sozialismus die propagandistische Führung erwidern lassen. Man mag als milderen Zustand die Schwierigkeiten und die ungeheure Ueberlastung anführen, unter denen unsere Partei seit dem November 1918 leidet — wahr bleibt nichtsdessenungeachtet, daß im Wahlkampf nicht nur die Grenzen gegen linkssozialistische Elemente, sondern auch gegen die Koalitionsparteien rechts von uns sichtbar abgegrenzt werden müssen. In den Fragen der angutretenden Klassen Wirtschaftsweise und neuen sozialistischen Lebensordnung darf es keine Unklarheit geben. Genosse Engmann, dessen, der die geringen Fortschritte in der Sozialisierungsfrage kritisierte, hätte trotz der von ihm gewählten aufreizbaren Form mit mehr Ruhe angehört werden dürfen, als ein Teil der Delegierten ausbrachte. Denn wenn wir die Kampforganisation unserer Genossen im Lande befeuern wollen, so müssen wir den Wahlkampf nach großen sozialistischen Gesichtspunkten führen.

### Die Verhandlungen

Berlin, 5. Mai. Im Sitzungssaal des Reichstags begann heute die an Stelle eines Parteitag einberufene Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. An der Spitze nahmen teil der Parteivorsitzende, der Parteivorsitzende, die Mitglieder der Parteipresse und die Vertreter der Reichsorganisationskommission. Ferner in großer Zahl die Mitglieder der Fraktion der Reichsversammlung. Unter den Teilnehmern, deren Zahl etwa 100 betrug, bemerkte man zahlreiche Regierungsmitglieder. Die Konferenz eröffnete im Auftrag des Parteivorstandes in Vertretung des Parteivorstandes die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. Die Konferenz der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges ergriffen hat, hat sich nunmehr auch in bürgerlichen Parteien ausgedehnt. Der politische Massenstreik zur Abwehr des Rump-Vertrages hat einen Ausbruch herbeigeführt. Einen Teil des Bürgerturns hat blasser Schrecken. Das beweist die Klugheit der Wagnis und Wiens nach. Auch in unserer Partei ist der Ausbruch links stark zu hören. Das Mißtrauen der Arbeiterklasse ist stark zu hören und das Verhalten der bürgerlichen Koalition in den Tagen der Nationalversammlung ist nicht geringer, eine Lösung herbeizuführen. (Sehr wahr!) Die Aufhebung der Reichsgerichtsbarkeit ist noch nicht erreicht. Sehr verstimmt hat sich, daß die Festlegung des 1. Mai als Feiertag in diesem Jahre nicht in dem Widerspruch der bürgerlichen Koalition. Was ist damit erreicht? Die Arbeiterklasse hat, daß sie die Macht hat, den Reichstag zu erzwingen. Und der 1. Mai zu einer Niederlage der bürgerlichen Koalition. Der Erfolg war voraussehen. (Zustimmung.) Dinge haben auch in unseren Reihen zu einer Diskussion über Koalitionspolitik geführt. Im Wahlkampf werden diese eine große Rolle spielen. Für und gegen die Dinge ist die Wahl eine sozialistische Mehrheit, so werden die Rechte und Vereinfachung von der Koalition abgelehnt. (Zustimmung.) Bleibt aber das Stärkverhältnis bestehen, so wird die Koalitionspolitik zur Bildung einer Mehrheit. Die Koalition war niemals unser Ideal und ist unter der Verhältnisse entstanden. Unser Streben muß sein, die Verhältnisse nach links zu verschieben. Nach rechts nicht in Frage. (Lebhafter Beifall.) Es bestehen in der Par-

### Entwaffnung der Frankfurter Polizei

Aus Frankfurt a. M. wird dem Vorwärts gemeldet: Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde mußte gestern früh das Polizeipräsidium seine Waffen abliefern. Es werden ihm nur 500 Gewehre für die uniformierte Schutzmannschaft, die 525 Mann stark ist, belassen. Außerdem stehen nur 150 Revolver für die 1000 Hilfspolizisten zur Verfügung, eine Bewaffnung, die absolut unzureichend für den Schutz der Bürgerschaft durch die Polizei ist. Diese Maßnahme darf vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß die Franzosen die Entlassung des vor zehn Tagen auf Anordnung der Reichsregierung wegen Hochverrats in Frankfurt verhafteten Kommunisten Rinker genannt König fordern, eine Anmahnung, die von den deutschen Behörden abgelehnt worden ist. Die hiesigen Behörden haben die Franzosen auf den Weg der Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsbehörden hingewiesen. Polizeipräsident Genosse Ehler glaubt, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nicht mehr tragen zu können und hat die Regierung um Entsendung von Amt oder Rückgängigmachung des Beschlusses gebeten. Gleichseitig machte er von seinem Entschlusse dem General Division Mitteilung.

### Ewige Besetzung des Rheingebietes?

Der Temps meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankreichs und des Rheingebietes abgelehnt habe. Es wurde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die räumungswürdigen Vertragsbedingungen durch Deutschland erfüllt seien. Journal des Debats meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankreichs fortzusetzen zu lassen, bis die Verpflichtungen des Verfallenen Vertrages erfüllt seien.

Am 28. April erklärte Millerand in einer öffentlichen Sitzung der französischen Kammer: Das Gebiet von Frankfurt und Darmstadt wird geräumt werden, sobald die internationalen Kommissionen festgestellt hätten, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgelegt wurde. Am 29. April gab Klond George im Unterhaus die Erklärung ab, daß von dem Augenblick an, wo die Truppenmacht im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten vom 8. August 1919 angegebene Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt verlassen werden. Inzwischen ist die Truppenmacht auf das angegebene Maß vermindert worden, wenn auch die Frage nach der Zahl der Einheiten nicht gelöst ist. Am 1. Mai lehnt der französische Ministerrat die Räumung von Frankfurt und Darmstadt ab und macht die Räumung von der Erfüllung des Verfallenen Friedensvertrages abhängig, eines Vertrages, dem wir nach dem Ausdruck des fidele nicht deutschfreundlichen Klond George gar nicht in all seinen Teilen nachkommen können. Am 5. Mai erlaubt hat Frankreich einen Eingriff in die Rechte der Stadt Frankfurt, der dem Geist von San Remo ebenso ins Gesicht schlägt, wie der Ministerbeschluss vom

1. Mai. Nur wenige Wochen trennen uns von Spa, wo wir zum erstenmal wieder nach fünf Jahren nicht als Feinde mit unfern ehemaligen Gegnern unterhandeln sollen. Wir müssen gefehen, der Geist von Votodam, der an der Seine herrscht, macht uns den Weg nach Spa kläglich. Immer wieder verlangt man von uns den guten Willen. Aber hat es uns wahrlich nicht daran gefehlt. Aber kein Volk kann diesen guten Willen auf die Laner aufbringen, wenn die Gegenparteien von dem Gegenteil dessen befehle ist. Es gibt Grenzen.

### Die Streitwelle in Frankreich

Die Lage im Eisenbahnerstreik soll sich nach Tagesmeldungen wesentlich gebessert haben, da sich angeblich immer mehr Freiwillige melden und Streikende sich zur Wiederaufnahme der Arbeit einfinden. Bei diesen Meldungen scheint aber der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein, denn sie werden durch andere Meldungen widerlegt. So tritt z. B. Marcel Cachin in der Dumanität diesen Behauptungen vom Nachlassen des Eisenbahnerstreiks energisch entgegen; er betont, daß mehr als fünfmalhunderttausend Arbeiter der vier in Frage kommenden Berufsgruppen sich daran beteiligt seien. Danach hat also der Eisenbahnerstreik doch nach und nach einen größeren Umfang angenommen, als nach den ersten Meldungen der Syndikatsagenten vermutet werden konnte. Am Mittwoch wurden alle streikenden Angestellten der verschiedenen Eisenbahnlinien brieflich aufgefordert, bis Donnerstag zu den Arbeitsstätten zurückzukehren, widrigenfalls sie wegen Vertragsbruchs aus der Liste gestrichen würden. Auch die Anwendung dieses Trost- und Druckmittels deutet darauf hin, daß der Streik gefährlicher ist, als man es von offizieller französischer Seite aus nach außen hin in Erscheinung treten lassen möchte. Ob die Trostung Erfolg haben wird, muß abgewartet werden. Nach einer Meldung aus Paris wurde ein Führer der Eisenbahner namens Stroffe am Dienstag verhaftet.

Die Metallarbeiter des Seinebezirks haben sich den Streikforderungen der UZ angeschlossen. Diese verlangen bekanntlich unter anderem Verstaatlichung der Eisenbahnen und Umgestaltung der Fabrikbetriebe.

Der Streik der Gasarbeiter nimmt allmählich einen größeren Umfang an. In den drei wichtigsten Gassen, Marseille, Bordeaux und Le Havre, ist der Streik allmählich, aber auch in den kleineren Gassen wird durch fast alle Arbeiter gestreikt. Zahlreiche Verhandlungen wurden vorgenommen. In Marseille, Rouen und Oullins kam es anlässlich der Verhandlung von Streikführern zu schweren Unruhen, wobei es über hundert Verwundete gab.

In den Bergwerksbezirken ist die Lage im allgemeinen unverändert. Im Rhoneneben hat sich verwickelt. Nach einer Meldung aus St. Etienne ist der Streik im Loirebecken allgemein. Wie aus Lille gemeldet wird, haben die Delegierten der Grubenarbeiter des Beckens von Angin den Beginn des Generalstreiks der Grubenarbeiter dieses Beckens auf Donnerstag festgelegt.

te für den Wahlkampf keine Meinungsverschiedenheiten. Der Feind steht rechts. (Ja, na!) Die Auseinandersetzung mit den anderen sozialistischen Parteien sollen wir während des Wahlkampfes zu vermeiden. Werden wir dazu gezwungen, so werden wir sie aufnehmen. Angeht es in unsern Reihen eine gebückte Stimmung herrschen. Die Prophezeien sind schlecht unterrichtet. (Sehr richtig.) Die Kampfesituation ist ausgezeichnet. Welche Gründe sollten wir zum Weichwerden haben? Der Stand unserer Organisation, der Referat unserer Werke zeigt, daß unsere Werkkraft ungeschwächt ist. Darum gehen wir in den Wahlkampf mit dem Selbstvertrauen, daß er uns einen kräftigen Schritt weiter zum Ziele, zum völkervertreibenden Sozialismus bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

In Vorliegenden wurden Parteitag, Berlin, und 2. B. Dresden, gewählt.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen“.

Das einleitende Referat hielt Philipp Scheidemann über die Reichstagswahlen.

Im Oktober 1917, vor zweieinhalb Jahren, waren wir in Würzburg beisammen. Es war ein Jahr vor dem Ende, die großen und kleinen Herren von Gottesgnaden lagen noch auf ihren Thronen, und der Militarismus, Engländer auf dem Schlachtfeldern, veränderte uns die herrlichen Zeiten, denen er uns entgegen führen wollte. Wir waren damals in Würzburg nicht so hoch gestimmt, wie jetzt, das was kommen sollte, hatte damals noch den Krieg eine Wahlverschiebung um Jahre lang zu verschieben, die Wahl eine Partei geworden sei mit der unmittelbaren Annäherung auf

die Wahl im Staate

Deutschland werde nach dem Kriege ein demokratisches Staatwesen sein, und die ersten Wahlen nach dem Kriege würden darum eine ganz andere Bedeutung haben als alle Wahlen zuvor. Wir waren uns schon damals klar darüber, daß wir in dem Augenblicke des Kriegeschlusses, der Augenblick unserer Wählergewinnung sein würde, einen Trümmerhaufen vorfinden und

eine Wüste betreten

würden, und daß wir uns auf den Trümmern der Wahl zurückziehen müßten nach der Zeit, da wir noch mobil und tüchtig waren. „Reine Macht der Idee“ lautete ich damals. Ich bin heute ein aus der Fülle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Sprung in das Paradies hindurchgefallen.“

Die Dinge schalteten sich, als wir vorausgesehen hatten. Ich bin davon überzeugt, daß man in wenigen Jahren, wenn man aus etwas weiterer Ferne die geschichtlichen Zusammenhänge unserer Gegenwart betrachten wird, annehmen annehmen wird, daß

die Revolution die Lebensretterin Deutschlands gewesen ist. Wir hatten alle, die einen laut, die andere leise, gehofft, die Not der Zeit würde die Arbeiterbewegung wieder auf ein einheitliches Zusammenstehen. Der Einheitsstreik schien am 1. Dezember in Erfüllung zu gehen, aber er dauerte nicht lange. (Woran ist es gescheitert? Er ist gescheitert an dem Übermaß der linken, der unabhängigen Partei, die in Gemeinschaft mit den Kommunisten an dem gescheiterten Sturz der Regierung arbeitete, in der ihre eigene Partei — trotz ihrer damaligen allmählichen Schwäche — mit uns mit gleichen Rechten war. (Lauter Beifall.) Kommunisten und Sozialisten verbanden ihre Zeit nicht. Statt die reine Arbeiterregierung.

die rein sozialistische Regierung des 9. November

zu führen und ihr eine demokratische, den neue Grundform ihrer Macht zu schaffen, anstatt sie gegen diese Regierung mit unvollständigen Kanonenschuß vor. Sie erreichten den Zweck, und verurteilten die Notwendigkeit jener Politik, die sie heute die Sozialistische Politik nannten.

Im Januar 1919 gab es für die Regierung tatsächlich keine andere Wahl als die, entweder bei einer Revolution zu unterliegen, hinter der noch kein Scheitern der Arbeiterbewegung stand, oder den Weg einer Autokratie bedeuten sollte, aber aber die Revolution der Arbeiter in die Hände der noch vorfindenden Truppenführer und ihrer rechten reaktionären Offiziere zu geben. Die Arbeiterbewegung und die Kommunisten haben damals in ihrer Arbeit den reaktionären Offizieren einen Teil der damals völlig verlorene Macht in die Hände geliefert. Ohne Januar-Vertrag von 1919 kein Rump-Vertrag von 1919.

ohne Ledebour kein Lüttich.

Die politischen Fehler von der anderen Seite, von der linken, begannen erst später. Sollte die Rede im Grunde genommen wiederberichtet war, mußte die Revolution, die im Januar 1919 in die Verwaltung übergriffen, übergriffen, übergriffen, übergriffen